

Der Vogtlandbote

[links]

[alternativ]

25. Jahrgang Nr. 1/2017

Zeitschrift der Partei DIE LINKE im Vogtland

Spendenempfehlung: 1,- €



© uschi dreucker / pixelio.de

RENTENEINHEIT ERST NACH 35 JAHREN

und teuer für Versicherte

Zum Kompromiss über die Rentengleichung bis 2025 erklärt die sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Susanne Schaper:

In einem Jahr ist Bundestagswahl – CDU und SPD schaffen es gerade noch, heutigen und künftigen Rentnerinnen und Rentnern eine Lösung vorzugucken. Nach Jahrzehnten, in denen die Renteneinheit ständig versprochen und verschoben wurde, bürdet die Bundesregierung den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern auch noch die Hälfte der Kosten auf. Bis 2022 müssen sie allein für die Ost-West-Angleichung aufkommen, bis Steuerzuschüsse

fließen. Wieder schadet der Fetisch „schwarze Null“ den Interessen vieler Menschen. Für uns war immer klar, dass die Renteneinheit eine gesellschaftliche Aufgabe ist und aus Steuermitteln finanziert werden muss.

Der größte Skandal bleibt, dass es am Ende mindestens 35 Jahre gedauert haben wird, bis die Renteneinheit umgesetzt ist. Wer 1990 im Rentenalter war, muss mindestens 100 Jahre alt werden, um davon zu profitieren. Offensichtlich spielt die Bundesregierung auf Zeit, in der Hoffnung, dass viele die Renteneinheit nicht mehr erleben. Dabei fällt schon jetzt eine gan-

ze Rentnergeneration der Benachteiligung Ostdeutschlands zum Opfer.

Bei alledem steht freilich in den Sternen, was nach der Bundestagswahl aus der Ankündigung wird, im Juli 2018 mit der schrittweisen Angleichung zu beginnen. Ich fordere die sächsische Staatsregierung auf, in Berlin endlich für die schnelle Renteneinheit zu kämpfen. Dazu gehört es, nach der Angleichung der Rentenwerte an der Hochwertung ostdeutscher Löhne bei der Rentenberechnung festzuhalten, solange sie strukturell geringer sind als die westdeutschen.

aus dem	Kreistagsfraktion informiert.....	S. 2
Inhalt:	Kosten der Unterkunft.....	S. 4
	CETA: was man Wissen sollte.....	S. 5
	Briefe.....	S. 6

DIE LINKE.

SENIORENTREFF

Die AG Senioren DIE LINKE Stadtverband Plauen lud zum Treff der Seniorinnen und Senioren, am 23. November 2016 in den Club der Volkssolidarität ein.

Wir haben in gemütlicher Runde etwas Weihnachtsstimmung bei Kaffee und Stollen genossen, Erinnerungen ausgetauscht und natürlich auch über aktuelle politische Themen diskutiert.

Ein Höhepunkt unseres Wiedersehens war die Würdigung von Genossinnen und Genossen für langjährige Parteizugehörigkeit. So konnten wir zum 70-jährigen Parteijubiläum Genossin Erna Walter gratulieren. Die 90-jährige war im März 1946 in die KPD eingetreten.

Ebenfalls gratulierten wir Genossen Willy Unger zum 68. Parteijubiläum, Genossin Anneliese Reißaus, Genossen Winfried Burkhardt und Genossen Wilfried Bayer zum 65. sowie Genossen Harold Grüner und Genossen Karl-Heinz Jentsch zum 60. Parteijubiläum. Aber auch die 48 Jahre Parteimitgliedschaft des Genossen Gerd Elschner -Mitglied der AG Senioren- wurde gewürdigt.

Wir wissen, dass noch weitere Parteimitglieder diese Würdigung verdienen, aber leider ist dazu keine vollständige Dokumentation vorhanden. Wir bemühen uns als AG Senioren mit dem Stadtverband diese Lücke zu schließen.

Wie das eben so ist, wenn gestandene Genossinnen und Genossen mit umfangreicher Lebens- und Parteifahrung, großen politischen Wissen zusammenkommen, lässt es sich nicht vermeiden, dass über aktuelle politische Probleme gestritten wird.

Diskutiert wurde:

- die Wahl Trump's in den USA
- Zuwanderer in Deutschland
- Wie einig ist sich noch die EU?
- Türkei
- Die Kampfkraft der Linken generell und unserer Partei und wie können wir uns als Senioren einbringen

Aber auch Meinungen zur Bildung einer Rot-Rot-Grünen Bündnisregierung nahm ein Großteil der Zeit in Anspruch. Gleich vornweg: eine RRG-BR lehnen wir ab, weil: ein Zusammengehen mit den Führungen der SPD und Grünen nicht möglich ist, da Forderungen an

DIE LINKE gestellt werden wie: „Sie müssen ihre Haltung zur NATO-Strategie d.h. zu militärischen Aktivitäten, Waffenproduktion und Lieferung, Empargopolitik ändern.“ Diese sind mit unseren Grundsätzen als Friedenspartei nicht vereinbar. Oder wollen wir mitmachen den Kalten Krieg weiter schüren – Ja vielleicht sogar Bundeswehrsoldaten an der russischen Grenze stationieren. Wir wären gezwungen, diese verfehlte Politik mitzutragen.

Noch ein Argument: Steinmeier – der Erfinder und Vater der Agenda 2010, das schädlichste Sozialgesetz wird fortgesetzt. Der Diplomat mit zwei Zungen ist auch Befürworter aller Militäreinsätze der NATO und der Bundeswehr, des Embargos gegen Russland usw.

Gabriel – Steinmeier soll Gauck ablösen ohne jegliche Absprache mit der LINKEN. Und die wollen RRG?

Gewalt ist die letzte Zuflucht des Unfähigen.

Heinz Discher



MAHNWACHE FÜR OPFER VON GEWALT IN ALEPPO UND BERLIN VOR DER LUTHERKIRCHE PLAUEN

Auf dem Bild sind neben syrischen Flüchtlingen auch LINKEN-Stadtrat André Hegel und beratender Bürger Kai Grünler zu sehen. Aufgerufen hatte der Verein "Integration statt Isolation" am 20.12.2016 von 18:00 bis 18:15 Uhr, beide Plauerer Tageszeitungen berichteten jeweils mit Foto.

© Kai Grünler

DIE KREISTAGFRAKTION INFORMIERT

Liebe Genossinnen und Genossen, der letzte Kreistag 2016 ist vorüber und das Landratsamt zieht um, in das ehemalige Kaufhaus Horten. An diesem Gebäude ist noch die Realisierung einer Gedenktafel aus einem Antrag unserer Fraktion aus dem Jahr 2015 offen, dem der Kreistag zugestimmt hatte.

Auch der letzte Kreistag in diesem Jahr war von der Vorherrschaft der Fraktionskooperation von CDU und SPD geprägt und der daraus resultierenden Stimmenmehrheit. Der Haushaltsentwurf 2017 – 2018 wurde in kürzester Frist den Gremien vorgestellt, ausgelegt und auf die Tagesordnung des Kreistages gesetzt. Der ausgereichte Haushaltsentwurf, über 6,5 Kilogramm Papier, sollte von den Kreisräten innerhalb einer Woche durchgearbeitet werden. Das schafft kein ehrenamtlicher Kreisrat mit der notwendigen Tiefgründigkeit. Volker Mieth hat den Standpunkt der Fraktion vorgetragen und der Kreistag lehnte den Antrag ab. Mit der Mehrheit von CDU und SPD wurde der Haushalt 2017/18 durch-

gewunken. Von der gleichen Mehrheit wurden unsere Anträge zu TTIP und zum Beirat für Migrantinnen und Migranten abgelehnt.

Hier möchten wir aus der gemeinsamen Sitzung im Januar mit Rico Gebhardt und der Stadtfraktion zitieren: „Wir sollten als handelnde linke Akteure wahrgenommen werden, auch wenn wir manchmal müde geworden sind, denken, wir rennen gegen Mauern, müssen wir uns selbst und gegenseitig motivieren.“

Die Kreistagsfraktion hat im vergangenen Jahr sechsmal in Vorbereitung von Kreistagen, dreimal zu thematischen Problemen und einmal zur Vorbereitung Kreistag und zusätzlich thematisch getagt. Dazu eine kleine Aufzählung zu den wichtigsten Themen und Partnern:

Beratung mit Rico Gebhardt und der Stadtfraktion zur Arbeit der Kommunalvertreter; zum Entwurf des Schulgesetzes Sachsen; mit Dr. Dorothea Wolff zu Kosten der Unterkunft; Un-

terstützung der Flüchtlingsarbeit und Schulung deren ehrenamtlichen Helfern; Kreishaushalt und Haushaltskonsolidierungskonzept; mit dem Rettungszweckverband Südwestsachsen in der Rettungswache Zwickau; Vorstellung und Zusammenarbeit mit der Mitarbeiterinnen der Landesgruppe Conny Richter und der Bundestagsgruppe Katrin Pritscha, gemeinsame Sitzung und Erfahrungsaustausch mit den Abgeordneten im Göltzschtal; auf Grund der Kürzung der Fraktionsfinanzen zur Konsolidierung; zwei Wochen Vermittlung von Wissen über die Arbeit des Kreistages und seiner Fraktionen an einen Schülerpraktikanten; Kontaktpflege zu den Vereinen.

Schauen wir in die Zukunft, das Wahljahr 2017 wirft seine Schatten schon voraus.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wünschen Euch und Euren Familien viel Kraft und Gesundheit für das Jahr 2017.

Martin Mailach

LESUNG "GOTTLOSE TYPE

Meine unfrisierten Erinnerungen" mit Petra Pau (MdB)

1998 errang sie ein Bundestagsmandat im Berliner Wahlkreis „Mitte/Prenzlauer Berg“ gegen namhafte Mitbewerber. Damit hatten nicht einmal die eigenen Parteistrategen gerechnet ...

Derweil hat sie den Bundestag aus verschiedenen Perspektiven gesehen: mit hilfreichen Fraktionen, als Einzel-Abgeordnete ihrer Partei, als überparteiliche Vizepräsidentin.

In nunmehr 16 Jahren Mitgliedschaft im Parlament hat Petra Pau viel erlebt, dass sie hier in Anekdoten erzählt. Eher heitere, wenn sie auf dem Weg zu einem Fototermin beinahe im Gefängnis landet oder die verbannte Clara Zetkin in den Reichstag holt. Eher ernste, wenn sie das Inkrafttreten von „Hartz IV“ oder die Gefühle bei einem Besuch in der Kölner Keupstraße nach dem NSU-Desaster schildert. Hinzu kommen überraschende Geschichten, etwa über ihren Sieg

beim großen Bibel-Test im ZDF oder über seltsame Freundschaften mit MdB der CSU und der FDP.

Petra Pau, 1963 in Berlin geboren; Lehrerin und Pionierleiterin, Arbeit im FDJ-Zentralrat, 1990 Beginn einer Parteilaufbahn in der PDS, dort in verschiedenen Spitzenfunktionen, Abgeordnete in Berliner Parlamenten, seit 1998 für die PDS/Die Linke im Bundestag, von 2002 bis 2005 zusammen mit Gesine Löttsch als einzige Vertreterin ihrer Partei, seit 2006 Vizepräsidentin des deutschen Parlaments.

20. JAN. 2017, 18:30 UHR

"ARS VITAE-Café",
(ehemalige BAV)
Straße der Jugend 30, 08228
Rodewisch

**GEDENKEN AN
KARL
LIEBKNECHT
&
ROSA
LUXEMBURG**

**21. JANUAR 2016
10:30 UHR**

FALKENSTEIN
CAROLA-PLATZ

Rednerin: Petra Pau

DIE LINKE.

NEUE RICHTWERTE FÜR KOSTEN DER UNTERKUNFT

Teil 2

Zur Erinnerung: Für 2017 und 2018 hat der Sozialausschuss des Kreistages im November gegen die Stimmen der LINKEN neue Richtwerte für "angemessene Kosten der Unterkunft" für Betroffene von Hartz IV und Sozialhilfe beschlossen. Im letzten Vogtlandboten hatten wir angekündigt, über die interessante Diskussion der Ausschusssitzung zu berichten.

1.) Auf Nachfragen von Janina Pfau und eines sachkundigen Einwohners (des ehemaligen Geschäftsführers der Plauener und der Auerbacher Wohnungsgesellschaft), wie denn kontrolliert worden sei, dass zu den neuen "angemessenen Mieten" auch ausreichend Wohnungen für Hartz IV- und Sozialhilfeempfänger zur Verfügung stünden, antwortete der Sozialdezernent Dr. Drechsel, der vom Landrat mit der Leitung der Sitzung beauftragt worden war, dass lediglich eine Indexanpassung vorgeschrieben sei, keine zusätzliche Kontrolle eines ausreichenden Wohnungsangebotes zu den ermittelten Preisen. Wenn das zuträfe, wäre zu fragen, warum das Landratsamt diese Indexanpassung nicht mit eigener Verwaltung vorgenommen hat: Die Landesindizes für die Preiserhöhung von Wohnraum veröffentlicht das statistische Landesamt jährlich im Internet, der Index für die Preiserhöhung zwischen 2014 und 2016 muss dann lediglich mit den Richtwerten, die für 2015 und 2016 galten (für alle Haushaltgrößen und alle Teilwohnungsmärkte), multipliziert werden. Das Landratsamt hätte also, wenn die Auskunft von Dr. Drechsel zuträfe, nur die Anpassung mittels Wohnpreisindex wäre notwendig gewesen, die 5.800 €, die Firma Analyse und Konzepte für die Fortschreibung der KdU-Werte erhalten hat, sparen können.

2.) Allerdings schreibt geltendes Recht auch für Indexanpassungen eine Verfügbarkeitskontrolle vor. Auf die entsprechende schriftliche Frage von Janina, die der Sozialdezernent in der Sitzung also falsch beantwortet hatte, antwortete die Firma später, dass

sie eine solche Ermittlung von Nachfragern nach preiswertem Wohnraum nicht vorgenommen habe. Zusätzlich zur Indexanpassung hat die Firma aber Preise für aktuelle Angebotsmieten erfasst (aus Internetportalen, Anzeigenblättern und Tageszeitungen) und diese mit den Angebotsmieten aus der Ermittlung von 2014 verglichen. Das ergab natürlich deutlich höhere Preissteigerungen als die Indexanpassung, aber die Werte aus dem Angebotsmietenvergleich gingen nicht in die neuen Richtwerte ein. Im Methodenbericht nennt die Firma allerdings im Zusammenhang mit der Auswertung der Angebotsmieten Prozentzahlen für den "Anteil des verfügbaren Angebots" - von 78% bis 5%. Nach Auskunft der Firma auf die entsprechende Anfrage von Janina handelt es sich dabei um die Anteile der neu ermittelten Angebotsmieten, die unter den neu ermittelten Richtwerten liegen, "um zu schauen, wie

KdU?!

hoch der Anteil des tatsächlich anmietbaren Wohnungsangebotes ist". Das ist aber noch keine Aussage darüber, ob für Empfänger von Hartz IV und Sozialhilfe dieses Wohnungsangebot ausreicht, dazu müsste das "anmietbare Wohnungsangebot" mit der NACHFRAGE verglichen werden, also mit der Gesamtgruppe, die preiswerte Wohnungen begehrt.

Für Betroffene in einem ländlich geprägtem Gebiet ist eine Indexanpassung im Allgemeinen zwar nicht nachteilig, gehen doch in den Index auch die horrenden Mietsteigerungen von Großstädten wie z.B. Dresden ein. Es ist auch nicht anzunehmen, dass in Landkreisen das Wohnungsangebot die Nachfrage nach billigen Wohnungen nicht mehr deckt, es sei denn, die Nachfrage ist plötzlich gestiegen (z.B. durch Asylsuchende oder durch eine höhere Anzahl von Studenten). Ein ört-

lich begrenzter Mangel an "angemessenem" Wohnraum wäre aber auch im Vogtlandkreis durchaus denkbar, z.B. im Teilwohnungsmarkt Plauen. Immerhin sind auch im Vogtlandkreis viele vor allem jüngere Leute bestrebt, in eine größere Stadt zu ziehen. Und der sachkundige Einwohner aus Plauen kritisierte in der Sitzung des Sozialausschusses sicher nicht grundlos, dass die Wohnungsunternehmen des Kreises bei der Fortschreibung der KdU-Richtwerte nicht einbezogen worden waren. Wer also in seinem Teilwohnungsmarkt keine "angemessene" Wohnung findet, hat durchaus Aussicht auf Erfolg bei einer Klage.

3.) Der Sozialdezernent hatte auf Janinas fünf Fragen nicht antworten können. Das muss er auch nicht, er hat für seine verschiedenen Sachgebiete spezialisierte Mitarbeiter. Aber es war kein auf KdU spezialisierter Mitarbeiter anwesend. Auch das ist noch nicht unbedingt schlimm: Dr. Drechsel hatte ja zugesagt, die fünf Fragen von der Firma Analyse und Konzepte beantworten zu lassen. Das Problem besteht aber darin, dass Janinas Antrag, die Beschlussfassung zu den KdU auf die folgende Sitzung zu verlegen, abgelehnt worden war und diese Ablehnung auch nicht rückgängig gemacht wurde. Die Ausschussmitglieder hätten auf der folgenden Sitzung die Antworten der Firma in ihre Beschlussentscheidung einbeziehen können.

Auch wenn der Beschluss, die Beschlussfassung zu den KdU nicht zu vertagen, bereits bei der Diskussion zur Tagesordnung gefasst worden war, hätte der Sozialdezernent als Leiter der Sitzung angesichts der Situation, dass Fragen nicht geklärt werden konnten, die Vertagung der Beschlussfassung durchaus veranlassen können. Der Verantwortungsträger der Sitzung muss für seine Kreisräte die Voraussetzung dafür schaffen, dass sie mit Sachkenntnis entscheiden können.

Dr. Dorothea Wolff

WAS MAN VON CETA WISSEN SOLLTE!

Wir gemeinsam können es doch noch verhindern

Ein äußerst umstrittenes Abkommen, erklärend „Freihandelsabkommen“ genannt, wurde am 30. Oktober zwischen Kanada und der EU abgeschlossen. Auf Grund vielfältiger Proteste, zuletzt vom Regionalparlament Walloniens wurden gleichzeitig insgesamt 38 Zusatzklärungen des Rates, der Kommission, einzelner Mitgliedstaaten und eine „Gemeinsame Auslegungserklärung“ zwischen Kanada und der EU beschlossen!

Diese Zusatzklärungen sind eine tickende Zeitbombe. Sobald einer der unzähligen Punkte nicht erfüllt ist, fliegt das mühsam zusammengehaltene Abkommen seinen Befürwortern um die Ohren! Die Ratifizierung in den Mitgliedstaaten geht erst los! Nun müssen 40 Landes- und Regionalparlamente überzeugt werden. Es genügt, wenn ein Mitgliedstaat Nein zu CETA sagt, und das Abkommen ist Geschichte! Bisher ist z.B. mindestens eine der drei Auflagen, die das Bundesverfassungsgericht erteilt hat, nicht erfüllt! Belgien beabsichtigt, CETA nicht zu ratifizieren, wenn das Kapitel Investitionsbereitschaft nicht nochmals geändert wird. Mehrere Mitgliedstaaten fordern, dass die Macht des geplanten Steuerungsgremiums (Gemischter Ausschuss) begrenzt werden muss und die Spielräume der nationalen Parlamente bei der Gesetzgebung erhalten bleiben müssen.

Aber aufgepasst: Der nächste Coup der CETA-Verfechter könnte nun sein, zu erklären, das CETA gar keine Zustimmung durch den Bundesrat bedürfe – es könnte ein „Einspruchsgesetz“ statt eines „Zustimmungsgesetzes“ vorliegen. Das dürfen wir nicht zulassen!!!

Der Verein Mehr Demokratie e.V. will dazu ein Rechtsgutachten in Auftrag geben – und sammelt dafür auch Spenden. Warum haben die CETA-Befürworter wie Merkel, Gabriel und Co solch große Angst vor einer Entscheidung im Bundesrat? Zustimmungsgesetze gelten dort als beschlossen, wenn die Mehrheit der Stimmen (35 von 69) dafür sind. Enthaltungen sind also faktische Nein-Stimmen! Und LINKE und Grüne sind an 12 von 16 Landesregierungen beteiligt und könnten (falls die SPD für ja stimmen möchte) eine Enthaltung des Landes erzwingen! Und hoffnungsvoll sind auch die von Mehr Demokratie e.V. mitgetragenen Volksinitiativen in NRW, Bayern und Schleswig-Holstein gegen die Annahme des Abkommens! Der CETA-Krimi geht also weiter!

Diese o.g. Aussagen entstammen einem Newsletter von Mehr Demokratie e.V. Es lohnt sich, deren Web-Seite aufzusuchen und sich weiter zu informieren.

Nochmals eindeutig: Wir sind für einen fairen Welthandel ohne Zölle als Machtinstrument! Wir sind für Handel und Austausch zum gegenseitigen Vorteil – aber absolut gegen Benachteiligungen und zu Lasten der Natur, der Verbraucher, des Arbeits- und Gesundheits-Schutzes der Menschen und ganzer Regionen oder Länder. Das Streben nach Maximalprofit darf nicht über die menschlichen Bedürfnisse für ein glückliches Leben Aller siegen! Geheimabkommen wie CETA und TTIP verletzen elementare demokratische Rechte und dürfen mit diesen Inhalten nicht Wirklichkeit werden!

Peter Jattke

NEIES VON DAR META

Ne Freitooch Noochmittooch, als es nimmer su kalt woar, ist de Meta ze iehrer Plauschn Freindin miet dor Vuuchtlandbahn gefahrn. Die zwee Weible sei mietnanner auf'n Weihnachtsmarkt gange. De Meta hott nen Karton neie Chisbaumkuchln un fier iehr Enkele Paul en ganzn Beitel voll Naschereien gekaafft. Die Neid-eiteln hott fier iehn Maa ze Weihnachtn e neie Tabakspfeif un e Paarscheene warme Filzschuh mietgenomme.

Nooch ne Eikaafn hamm se siech e Roster un hinterher en Gliehwein genent.

Nooch ne Essn froocht de Meta „nu woas gibbs'n Neies bei eich in Plaue?“ „Her mer ner auf“, soocht de Neid-eiteln, „de Müllgebühn wern egal teirer. In de letztn vier Goahr sei se um 61% gestieng un es soll weiter su geh. Es dauert nimmer lang, do is bei uns Müllabfuhr, Wasser, Abwasser un Scheiß'n ball teirer als in manchen Ländern Essen un Trinken.“

„Do brauchst de diech netz e wunnarn“, soocht de Meta. „Do hamm se bei de Oelsnitzer Sperkn e völlisch überdimensionierte un unnetische Müllverbrennungsanlage gebaut die ner rote Zahln schreibt. Obwohl unner Andrea Roth die Kreisrät immer wieder gewarnt hott, su e Riesending ze baue. Dar neigescheite Fredo Georgi hott de Kreisrät woch'nlang besoffn gered, bis se doch sein Geschwafel geglabbt un dem Bau zugestimmt hamm. Itze kenne mar miet unnarn Gebühn die Fehlinvestition ausbaden un bezohn.“

Dieter Riedler



Für eure Artikel!



Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe
18. Januar 2017

Sendet uns eure Beiträge an:

redaktion@dielinke-vogtland.de

ZUM LETZTEN VOGTLANDBOTE

Als ich den letzten Vogtlandboten las, hatte ich im Ergebnis sehr widersprechende Emotionen. Über den Artikel von Genn. Dr. Wolff haben wir uns sehr gefreut. Schon länger fragen wir uns, welche linken Werte bei uns im Mittelpunkt stehen müssten. In der offiziellen Politik werden Demokratie und persönliche Freiheit fast nur noch als die wichtigsten, fast schon alleinigen Maßstäbe für europäische Werte dargestellt.

Das allerwichtigste besonders in der aktuellen Zeit sind aber Frieden und nochmals Frieden im Inneren und im internationalen Zusammenleben. Die linken Politiker müssten viel stärker die Ursachen für die Konflikte herausarbeiten und ihr Entstehen möglichst schon im Vorfeld verhindern. Die gegenwärtige Situation, die wachsende Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Politik, das Erstarken nationalistischen Gedankengutes und von Aggressionen hat doch ihre Ursachen in der zunehmenden sozialen Ungerechtigkeit. Immer wieder wird hervorgehoben, wie gut es Deutschland geht und dass die Steuereinnahmen sprudeln. Nur ein zunehmender Anteil der

Bevölkerung erlebt das ganz anders; und die soziale Ungerechtigkeit macht sie wütend. Für mich ist verständlich, dass sie gegen alle etablierten Parteien sind, uns eingeschlossen, viele empfinden, dass es auch der LINKEN mehr um Regierungsbeteiligung geht. Glauben unsere führenden Genossinnen und Genossen, denn wirklich, dass wir mit dem geringen Anteil entscheidenden Einfluss erlangen?

Sie sind zwar in der Regierung, aber die Macht haben ganz andere. Es ist ja schon im Kreis zu erkennen, wer seine Interessen durchsetzen kann. Wir sind zwar dafür, dass wir möglichst viele Abgeordnete haben, um wenigstens geringe soziale Verbesserungen zu erreichen. Voraussetzungen sind aber klare Positionen, auf der Grundlage des Erfurter Programmes, als das von der Mehrheit der Mitglieder beschlossene Dokument.

Tiefe Enttäuschung wenn nicht sogar Entsetzen hat uns die Berichterstattung über den Vortrag unseres Bundestagsabgeordneten Michael Leutert bereitet. Wie sehr sich die Sichtweisen der Regierung widerspiegeln in

unserer wichtigsten Position zu Frieden und Rüstung. Welches Land bedroht uns denn, das wir so aufrüsten müssen? Wozu brauchen wir Auslandseinsätze? Die jüngere Vergangenheit zeigt, dass es für die meisten Menschen in Afghanistan, der Türkei und Nordafrika nur schlimmer geworden ist. Wir können unsere Demokratie und Lebensweise den Völkern nicht mit Waffengewalt aufzwingen. Ich halte diese Begründung für bewußte Irreführung, es geht um knallharte ökonomische und strategische Interessen.

Zur Argumentation über die Entwicklung der Rüstungsindustrie, faktisch eine Gegenrechnung deutsche Arbeitsplätze zu Toten in Afrika, das ist unmenschlich und fern linker Positionen, aber auch eine Bestätigung der Leitsätze von Marx "Das Sein bestimmt das Bewusstsein"- "Die Umwelt formt das Denken".

Eine Gegenmaßnahme könnte die Begrenzung der Mandatszeit sein.

Ursula und Volker Mieth

JEDE WAFFE FINDET IHREN KRIEG

Richtigstellung zu meinem Artikel

Liebe Genossinnen und Genossen, eine Zwei-Stunden-Veranstaltung randvoll mit Informationen und Zusammenhängen in einen Ein-Seiten-Artikel zu packen, ist nicht ganz einfach – und mir im Fall der Berichterstattung zur Veranstaltung mit MdB Michael Leutert wohl auch nicht gelungen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle noch einmal betonen, dass sich Michael Leutert immer wieder gegen die Rüstungsindustrie und Rüstungsexporte ausspricht.

Regelmäßig „nervt“ er die Regierung, wie das ‚neue Deutschland‘ schrieb, macht deren Versagen öffentlich und entwickelt Alternativen. Dabei wird ein Kerngedanke von Michaels Handeln als Abgeordneter deutlich: LINKE Friedenspolitik muss durchsetzbar sein.

Schon 2014 hatte er als zuständiger Haushaltspolitiker einen Antrag auf Ausstieg aus der Rüstungsproduktion

gestellt: „Wir müssen unsere richtigen Forderungen (wie: „Rüstungsexporte stoppen!“) mit realistischen, tragfähigen Konzepten unterlegen. In diesem Fall: mit Konversionsstrategien für Rüstungsproduktion. Ansonsten haben wir eine vereinte Front von Rüstungsindustrie und Gewerkschaften gegen uns, weil letztere um ihre Arbeitsplätze fürchten.“ Deshalb hat Michael Leutert im Haushaltsausschuss Geld für einen ‚nationalen Konversionsfonds‘ beantragt, der eben Firmen unterstützen soll, ihre Produktion umzustellen.

Auch in diesem Jahr hat DIE LINKE den Verteidigungsetat im Bundestag abgelehnt und stattdessen deutlich mehr Geld für zivile Zusammenarbeit gefordert. Dazu Michael Leutert in seiner Rede am 23.11.2016 zum Etat des Ministeriums für Entwicklungszusammenarbeit: „Ich glaube, wir sind uns auch darüber einig, wo die Ursachen dafür zu suchen sind, dass nicht über-

all Frieden herrscht, dass nicht überall Gerechtigkeit herrscht und die Menschen nicht überall in Sicherheit leben. Die Ursachen sind Krieg, Umweltzerstörung, Klimawandel und damit einhergehende Klimakatastrophen. Ursachen sind auch der ungerechte Welthandel und ungerechte Weltwirtschaftsbeziehungen. Wenn wir die Ziele Frieden, Sicherheit, Gerechtigkeit erreichen wollen, müssen diese Ursachen bekämpft werden, und dafür sind die Sonderinitiativen ein geeignetes Instrument. Das bedeutet: Jeder Euro, den wir in Entwicklungszusammenarbeit stecken, jeder Euro, den wir in das Engagement gegen den Klimawandel stecken, jeder Euro, den wir in die Hand nehmen, um Hunger und Armut zu bekämpfen oder Bildungskapazitäten und medizinische Betreuung aufzubauen, ist ein Euro für effektive Verteidigungspolitik.“

Katrin Pritscha

DIE LINKE - QUO VADIS?

„Mein Vertrauen ist Gottvertrauen. Das ist mehr als ein Parteitag“ so Bodo Ramelow zur ökumenischen Bibelwoche im Vogtland. Wohin solche Gedanken führen, können wir bei Bodo nachlesen. Er sagte MDR Aktuell, es werde Zeit, dass in der Politik wieder deutlich werde, was Yin und Yang, was konservativ und linksliberal sei. Er sieht uns keinesfalls klar Links, als sozialistische Partei im Sinne der deutschen Arbeiterbewegung. Vielmehr sollen wir uns zu einer stinknormalen bürgerlichen Partei, fest verankert im politischen Establishment entwickeln. Vor fünf Jahren haben wir mit dem Erfurter Programm etwas anderes beschlossen. Mit diesem Programm bekannten wir uns zu einem „Systemwechsel“ zu einem „Richtungswechsel der Politik, der den Weg zu einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft öffnet, die den Kapitalismus überwindet.“ Davon scheint nicht viel übrig zu sein. Bei Gottvertrauen kein Wunder. Dieses Vertrauen scheint in unserer Partei um sich zu greifen. Wie sonst soll ich mir erklären, dass wir Frank-Walter Steinmeier nicht als Bundespräsidenten wählen können, da er maßgeblich an der Agenda 2010 beteiligt war, aber gleichzeitig von Rot-Rot-Grün träumen und dazu Gespräche führen. Wir wollen mit einer Partei eine Koalition eingehen, gleich unter welchen Bedingungen, die schon lange nicht mehr demokratisch, geschweige denn sozial ist. Die den „Rüstungsminister“ unterstützt, die Waffen in Krisengebiete liefert und zur gleichen Zeit über die Beseitigung von Fluchtursachen spricht. Ja, Kriege sind die Hauptursache. Aber Herr Gabriel denkt sicherlich, dass bei vielen Käufern Waffen als Wanderschmuck genutzt werden.

Ich halte dieses Gefasel von Rot-Rot-Grün für unsere Partei für schädlich, mehr noch für existenzbedrohend. Der

normale Bürger nimmt uns heute in der Regel als Bestandteil der nach Macht strebenden, sich kaum noch zu unterscheidenden Parteien wahr. Eine Wechselstimmung ist unter den Bürgern nicht spürbar. Kann sein, dass meine provinzielle Sicht eines Vogtländers die Stimmung nicht repräsentativ widerspiegelt. Auch mit den Grünen habe ich meine Probleme. Vielleicht bin ich mit der herkömmlichen Landwirtschaft zu sehr verwurzelt. Aber ich denke, bevor wir mit den Grünen eine Koalition eingehen können, sind in dieser Partei noch etliche genetische Veränderungen, gleich ob manipuliert oder auf natürlichem Wege, notwendig. Ich verweise nur auf Jürgen Trittins Positionen als Umweltminister und seine Haltung, als es um die Kosten des Atomausstieges in den Verhandlungen mit den großen vier Energiekonzernen ging.

Bleiben wir bei unseren auf dem Erfurter Parteitag beschlossenen Positionen. Anpassung, zweifelhafte Kompromisse, wie in Thüringen, schwächen uns, machen uns unglaubwürdig und kosten uns Wähler. Die Wahlerfolge der AfD sind meiner Meinung nach auch Ausdruck unserer Schwächen.

Ich unterstütze Michael Matthes, der ein wissenschaftliches Konzept zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse fordert. Es geht auch aus meiner Sicht nicht um ein bisschen Mitregieren, sondern um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen. Schaut nach bei Marx und Engels.

Kurt Tucholsky brachte es so zum Ausdruck: „Sie dachten, sie seien an der Macht, dabei waren sie nur an der Regierung.“

Ulrich Wenzel



ZUR ZUKUNFT DES VOGTLANDBOTEN

Im Vergleich zur Zeitung "Links!" mit ihren vielen Einlagen ist unser Vogtlandbote ein Kunstwerk: Attraktiv in Farbe und Gestaltung, angenehm weißes und nicht zu dünnes Papier, ansprechend große Schrift. Und noch wichtiger: ein Kontakthelfer und Werber für unsere Partei, besonders dort, wo er persönlich überreicht wird.

Also klar: der Vogtlandbote soll den GenossInnen und SympathisantInnen des Vogtlandes erhalten bleiben. Soweit die Wunschvorstellung.

Jan macht aber, auch im Namen der beiden anderen Redakteure des Vogtlandboten Lars und André, darauf aufmerksam, dass bei Erhalt des Vogtlandboten in bisheriger, wenn auch abgespeckter Form (ohne Linken Blick aus Zwickau) Hilfe gebraucht wird: Mitarbeiter für die Redaktion, mehr Beiträge von den Lesern. Also klare Aufgabe und Bedingung!

Sollten die Bedingungen nicht erfüllbar sein und die Beiträge aus dem Vogtland als weitere Einlage im "Links!" erscheinen müssen, wäre das sicher traurig, aber keine Katastrophe: Ich werfe die "Links!" nicht ungelesen in den Papierkorb, sondern finde immer interessante und wichtige Artikel, genauso halte ich es mit dem Neuen Deutschland und der Freien Presse: alles zu lesen ist weder zu schaffen noch nötig, aber verzichten möchte ich auf diese Zeitungen nicht. Auch nicht auf die "Links!" Mit oder ohne Beiträge aus dem Vogtland!

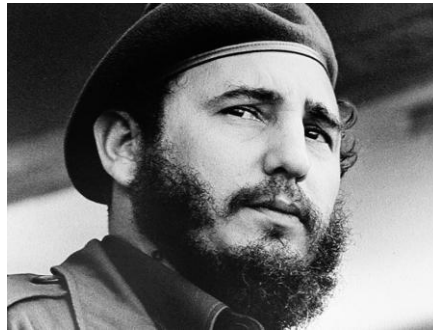
Dr. Dorothea Wolff

DANKE FIDEL FÜR DEIN LEBENSWERK!

Der Zaun der kubanischen Botschaft war mit Blumen geschmückt, Kerzen brannten, jemand hatte ein Schild mit der Aufschrift „Gracias Fidel“ angebracht. Fast einhundert Kubafreunde hatten sich am 26. November 2016 in stillem Gedenken am Eingang der Botschaft versammelt. Sie wollten Abschied nehmen von einem standhaften Revolutionär, einem großen Internationalisten und einem vor allem in Lateinamerika und in den Ländern des globalen Südens hochverehrten Staatsmann. Fidel Castro war die Führungspersönlichkeit der kubanischen Revolution, sein Name ist zudem eng verbunden mit dem Integrationsprozess auf dem lateinamerikanischen Kontinent.

All jene, die sich für Unabhängigkeit, Frieden und soziale Gerechtigkeit einsetzen, verneigen sich in tiefer Trauer vor Fidel Castro. Die kubanische Revolution war und ist ein Beleg dafür, dass eine bessere Welt als gesellschaftspolitische Alternative zum Kapitalismus möglich ist und erkämpft werden kann. Und es ist genau dieses Beispiel, das den Mächtigen dieser Welt Angst macht: das Beispiel eines kleinen Landes, das sich gegen übermächtige Gegner behauptet, ein Land, das seinen Prinzipien treu bleibt und souverän seinen eigenen Weg der Unabhängigkeit und des Sozialismus geht.

Wer Fidel Castro war, schreibt André Scheer in der „Jungen Welt“, lässt sich leicht beantworten, wenn man sich anschaut, „wer um den langjährigen kubanischen Präsidenten trauert und wer seinen Tod bejubelt“. Nachdem die Agenturen die Nachricht von Fidels Tod verbreitet hatten, ließen die antikubanischen Kräfte in Miami die Sektkorken knallen, der künftige US-Präsident Trump beilte sich zu verkünden, die erreichten Verbesserungen in den Beziehungen zwischen den USA und Kuba wieder rückgängig zu machen, und die bürgerlichen Medien betonten in ihren Berichten immer und immer wieder ihre Kritik am kubanischen Gesellschaftsmodell, bezeichneten den Verstorbenen sogar als „Machtpolitiker“ „Tyrann“ und „Diktator“. Und in der Stunde der Trauer schmerzt es ganz besonders, wenn



Menschen, die sich politisch links verorten, in tiefer Unkenntnis die Beleidigungen, Plattheiten und Lügen der bürgerlichen Meinungsmacher einfach nachplappern.

Die Mitstreiterinnen und Mitstreiter der AG Cuba Sí trauern um den Comandante en Jefe. Der Tod Fidels wird die Aktivistinnen und Aktivisten der Solidaritätsgruppen in Deutschland, Europa und international noch enger zusammenschweißen und die Solidaritätsarbeit für das sozialistische Kuba und den Kampf für eine bessere Welt fortsetzen.

Bei der spontanen Trauerfeier für Fidel vor der kubanischen Botschaft in Berlin versicherte der kubanische Botschafter in der Bundesrepublik, René Mujica Cantelar, den Anwesenden, sein Land werde prinzipientreu den Weg der Unabhängigkeit und des Sozialismus weitergehen.

Danke Fidel für Dein Lebenswerk! Hasta la victoria siempre!

AG Cuba Sí

Der Rotfuchs-Förderverein lädt ein:

Das neue Weißbuch 2016 der Bundeswehr kritisch betrachtet

mit

Oberst a.D. Bernd Biedermann (Berlin)

09. Februar 2017, 15 Uhr

Jugendherberge Plauen
Neuendorfer Str. 3

WIR GRATULIEREN

allen Leserinnen und Lesern, die ihren Geburtstag feiern können. Besondere Grüße gehen an die Jubilare mit einem „Runden“ und jene, die über 80 Jahre jung werden:

M. Chemnitz	Pausa	16.1.
I. Meinel	Klingenthal	16.1.
J. Bielefeld	Plauen	17.1.
L. Zimmer	Auerbach	18.1.
R. Hofmann	Bad Brambach	23.1.
E. Fischer	Adorf	27.1.
I. Horn	Plauen	29.1.
T. Poehland	Klingenthal	30.1.
W. Zäbisch	Mylau	2.2.
E. Walter	Plauen	5.2.
V. Großer	Plauen	6.2.
K. Rennwanz	Plauen	10.2.
L. Dietzsch	Heinsdorfergrund	13.2.

Wir wünschen Glück, Gesundheit und viel Kraft für das neue Lebensjahr.

Der Vogtlandbote

INTERESSANT ?!

"Im übrigen gilt ja hier derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als der, der den Schmutz macht."
Kurt Tucholsky (1890 - 1935)

Impressum - Der Vogtlandbote

Herausgegeben vom Kreisverband Vogtland der Partei DIE LINKE, erscheint monatlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Gruppen der Partei DIE LINKE des Vogtlandes. Postzustellung kann erfolgen gegen einen Unkostenbeitrag und Erstattung der Portokosten (gesamt 2,50 Euro). Bankverbindung: IBAN: DE58 870580 00 3552 002390, Kontoinhaber: DIE LINKE Vogtland, Verwendungszweck: Spende Vogtlandbote. Anschrift: Vogtlandbote c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen; Tel.: 03741/201695, E-Mail: redaktion@dielinke-vogtland.de. Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 14.12.2016, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 18.01.2017. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinngemäß zu kürzen. Bildquellen direkt am Bild oder eigene. Nachdruck mit Quellenangabe ist erwünscht - Belegexemplar wird erbeten. V.i.S.d.P.: Jan Windisch c/o DIE LINKE Vogtland, Bahnhofstr. 49, 08523 Plauen.